

# Frei-Attacke: Entfernt von der Praxis?

**Politik** Die Debatte über höheren Mindestlohn schlägt hohe Wellen: Breymaier fordert zwölf Euro statt 8,84.

**Villingen-Schwenningen.** Derzeit liegt der Mindestlohn bei 8,84 Euro pro Stunde. Über die künftige Höhe des gesetzlichen Mindestlohns berät derzeit eine Kommission, und es ist davon auszugehen, dass er über neun Euro steigen wird. Das Thema ruft heftige politische Kontroverse hervor, wie nun ein Angriff des CDU-Wahlkreisvorsitzenden Thorsten Frei, auf die baden-württembergische SPD-Landesvorsitzende Leni Breymaier zeigt.

Diese hatte gefordert, die Politik möge den Mindestlohn nun möglichst schnell auf zwölf Euro anheben. Das lehnt der Bundestagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Frei rundweg ab: „Der von Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite erarbeitete Vorschlag der Mindestlohnkommission zur Erhöhung des selbigen auf 9,20 Euro ab dem kommenden Jahr ist sachgerecht. Er spiegelt die gute wirtschaftliche Entwicklung in fairer Weise wider!“

## „9,20 Euro sind sachgerecht“

Die Tarifparteien wüssten schließlich am besten, was finanziell geht und was nicht. Da brauche es keine politische Order des SPD-Arbeitsministers. Gerade vor dem Hintergrund sich verdichtender Vorzeichen eines volkswirtschaftlichen Abschwungs seien unbegründete Forderungen nach einem Sprung von mehr als 25 Prozent für die Wirtschaft „brandgefährlich“.

Frei: „Außerdem sollte die SPD nicht aus den Augen verlieren, dass der Mindestlohn das bewährte Tarifvertragssystem schwächt und aushöhlt. Insbesondere weil durch den Mindestlohn der Druck der qualifizierteren Arbeitskräfte für ein höheres Lohnniveau und einen sichtbaren Abstand zu den weniger qualifizierten Kollegen steigt. Breymaier zeige mit ihrer Forderung einmal mehr, „dass sie sich immer weiter von der betrieblichen Praxis entfernt hat“. eb/nq